

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Maria Katharina Artmann	FDP
Frau Waltraud Blümcke	SPD
Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Herr Armin Dappen	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Biber Happe	FDP
Herr Fardad Hooghoughi	FDP
Herr Oswald Pannes	Fraktion Die Linke.
Frau Doris Rost	Pro Köln
Herr Paul Spörl	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach §§ 22, 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina	entsandt vom Integrationsrat
Herr Thomas Haas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Amalie Klein	entsandt von der Seniorenvertretung

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann	Deutscher Kinderschutzbund
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Ruth Differdange	Kath. Familienbildungswerk e.V.
Frau Kristin Goetze	Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau van Dawen)
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Herr Magnus Ringhandt	AK für das ausländische Kind e.V. (in Vertretung für Herrn Gilges)
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte

Herr Dr. Wolfgang Zschke Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein Dezernentin

Frau Carolin Krause Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold Ev. Kirchengemeinde

Frau Dr. Sabine van Eyck Gesundheitsverwaltung (in Vertr. für Frau Dr. Bunte)

Frau Sabrina Reichler Bundesagentur für Arbeit (in Vertr. für Herrn Meier)

Herr Pfarrer Werner Völker Ev. Kirchengemeinde

Herr Wolfgang Wendelmann Polizeipräsidium Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Frau Renate Blum-Maurice Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Christine Kupferer Sportjugend Köln

Herr Daniel Nott FDP

Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.

Frau Erika Weber Sportjugend Köln

Herr Thomas Weber Pro Köln

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Heinen, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Presse sowie die Besucher – insbesondere die anwesenden Studierenden der Fachhochschule Köln, Studiengang „Soziale Arbeit“ mit ihrer Lehrbeauftragten Frau Beier.

Mit dem vorgegebenen Text wird Frau Sabrina Reichler, Bundesagentur für Arbeit, verpflichtet.

Herr Dr. Heinen macht auf die ausliegenden Broschüren aufmerksam:

- Elternratgeber „Hürden überwinden“ zu TOP 3.4 und
- Einladungsflyer zum „Forum Familie 2014 – Köln 2030 – Leben im Alter“ zu TOP 3.5.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Kenntnisnahme, dass die Bezirksvertretung Nippes per Dringlichkeitsentscheidung zur Trägeranerkennung „Z.E.B.R.A. e.V.“ (TOP 6.1) angehört wurde. Die Bezirksvertretung stimmt der Anerkennung des Vereins als freier Träger der Jugendhilfe zu.

Herr Dr. Heinen informiert darüber, dass zu den auf der Tagesordnung befindlichen Tagesordnungspunkten keine vorbereitenden Gremien getagt haben.

Folgende Unterlagen wurden als Tischvorlage ausgeteilt:

- TOP 3.8 (1455/2014)
- TOP 3.9 (1528/2014)
- TOP 3.10 (1314/2014)
- TOP 4.2.1 (AN/0689/2014)
- TOP zu 5.1.1 (1508/2014)
- TOP zu 8.1 (AN/0688/2014).

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden bittet die Fraktion Die Linke, ihren Dringlichkeitsantrag AN/0689/2014 (TOP 4.2.1) als erledigt anzusehen und von der Tagesordnung zu nehmen.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Heinen, noch die Punkte 3.6, 3.7, 3.8, 3.9, 3.10, zu 5.1.1, 6.4 sowie zu 8.1 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

3 Mitteilungen

- 3.1 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014
1034/2014
- 3.2 Bestellung eines stellvertretenden, beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
0905/2014
- 3.3 Sachstandsbericht zum Projekt "Kurve kriegen" der Polizei Köln
1376/2014
- 3.4 Elternratgeber "Hürden überwinden"
1384/2014
- 3.5 Kölner Bündnis für Familien - Einladung zum ForumFamilie am 15. Mai 2014
1338/2014
- 3.6 Kennzahlen 2013 der Familienberatungsstellen in kommunaler und freier Trägerschaft
1315/2014
- 3.7 Aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen
1488/2014
- 3.8 Siebter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung
1455/2014

3.9 Umsetzung des KiBiz-Änderungsgesetzes (Gesetzentwurf) - Landeszuschüsse für plusKITA und Sprachförderung
1528/2014

3.10 Kommunale Elternbefragung zum Betreuungsbedarf U3
1314/2014

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Differenzierte Elternbefragung nach Betreuungsart
AN/0689/2014

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Bedarfsgerechtes Angebot einer Jugendeinrichtung in Kalk
AN/0562/2014

zu 5.1.1 Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: AN/0562/2014
Bedarfsgerechtes Angebot einer Jugendeinrichtung in Kalk
1508/2014

5.2 Neue Anfragen

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Z.E.B.R.A. e.V."
1209/2014

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.
1194/2014

6.3 Verteilung von Haushaltsmitteln 2014 für die Aktivitäten, Mitfinanzierung von hauptamtlichem Personal sowie Großveranstaltungen im Rahmen der Jugendverbandsarbeit
1137/2014

6.4 Gewährung von Zuschüssen
1369/2014

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten 0254/2014

zu 8.1 Änderungsantrag zu TOP 8.1 „Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten“
AN/0576/2014

zu 8.1 Änderungsantrag zu TOP 8.1 "Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten"
AN/0688/2014

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Herr Schneider, Herr Kienitz und Frau Jahn benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

Beantwortungen von Anfragen liegen nicht vor.

3 Mitteilungen

3.1 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014 1034/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Schneider bedankt sich für die Mitteilung, moniert jedoch, dass die berufsbildenden Schulen gänzlich außer Acht gelassen worden seien, obwohl sie auch in der Sache aktiv sind.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass Weiterbildungs- und Berufskollegs in der Tat bereits im Wege von Einzelaufnahmen und -beschulungen Kinder mit Handicaps aufnehmen. Die Verwaltung werde diese nun auch in ihre Betrachtungen mit einbeziehen. Auch die Bezirksregierung gehe derzeit aktiv auf die Berufskollegs zu. Den Diskussionen im Schulausschuss könne entnommen werden, dass die Schulentwicklungsplanung für die Weiterbildungs- und Berufskollegs in Köln bereits vor einiger Zeit begonnen wurde. Die Arbeitsgruppen tagen ganz speziell zum Thema „Inklusion im Bereich der Berufskollegs“, so dass diese Erkenntnisse mit in die Schulentwicklungsplanung der Berufskollegs eingebaut werden können. Da die Schulentwicklungsplanung für Weiterbildungs- und Berufskollegs allgemein weitaus komplexer als die „normale“ Schulentwicklungsplanung sei, plane man die Fertigstellung für das 1. Halbjahr 2015.

Herr Pannes lobt die bisherigen Erfolge, sieht jedoch bezüglich des Themas noch einige Aspekte als problematisch an. Insbesondere bei den Punkten „Sonderpädagoggen-Verteilung“ und „Elternwahl im Bezug auf wohnortnahe Beschulung“ müsse

nachgesteuert werden. Herr Pannes weist darauf hin, dass die Inklusion einen Grundwiderspruch in sich trage – das Projekt müsse gesamtgesellschaftlich betrachtet und nicht lediglich auf die Beschulung von Kindern mit Handicaps reduziert werden. Die jetzige Betrachtungsweise würdige bei Weitem nicht das gesamte Potenzial, das in der Inklusion stecke. Darüber hinaus bemängelt er, dass die Gymnasien im vorliegenden Bericht lediglich marginal vorkommen, was seiner Meinung nach Ausdruck von Selektivität ist.

Herr Bergmann bedankt sich ebenfalls für die Mitteilung. Er weist darauf hin, dass es bezüglich der Umsetzung der Inklusion im Ganztage noch enorme Herausforderungen und viele offene Fragen gebe. Als Beispiel nennt er das künftige Bewertungsverfahren für Kinder, die als inklusiv eingestuft werden, oder die künftige Ausgestaltung der Förderung und Finanzierung.

3.2 Bestellung eines stellvertretenden, beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses 0905/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Sachstandsbericht zum Projekt "Kurve kriegen" der Polizei Köln 1376/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Schneider bedankt sich bei der Verwaltung und der Polizei. Er bittet um Auskunft zum Altersschwerpunkt.

Herr Wendelmann teilt mit, dass das Projekt für Kinder und Jugendliche von 8 bis 15 Jahren zugänglich sei. Erfahrungsgemäß seien Kinder mit 8 Jahren jedoch wesentlich zu jung. Das durchschnittliche Aufnahmealter im Projekt betrage 12 Jahre.

3.4 Elternratgeber "Hürden überwinden" 1384/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.5 Kölner Bündnis für Familien - Einladung zum ForumFamilie am 15. Mai 2014 1338/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.6 Kennzahlen 2013 der Familienberatungsstellen in kommunaler und freier Trägerschaft 1315/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk merkt an, dass 41% der angemeldeten Familien einen Migrationshintergrund haben. Sie bittet um Mitteilung, wie die Beratungsstellen hierauf vorbereitet sind.

Herr Hamerski, Leiter „Familienberatung und Schulpsychologischer Dienst“, führt aus, dass mehr als 25% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der in diesem Themenfeld tätigen städtischen Beratungsstellen ebenfalls Migrationshintergrund haben. Im Bereich der freien Träger stelle sich die Situation ähnlich dar.

Herr Krücker ergänzt für die katholischen Träger, dass insbesondere die internationale Familienberatung in der Mittelstraße ein dezentrales Angebot vorhalte, welches auf die Beratung von Migrantenfamilien spezialisiert sei. Beratungen und Therapien können dort in rund ein Dutzend Sprachen durchgeführt werden. Dieses Angebot werde sehr stark nachgefragt. Es gebe neben den katholischen viele weitere freie Träger, die Beratungen und Therapien in anderen Sprachen anbieten.

Frau Artmann bittet um Auskunft, wie sich die 24% Alleinerziehenden auf Frauen und auf Männer verteilen.

Herr Hamerski erklärt, dass eine Differenzierung nach Geschlecht nicht stattfindet. Geschätzt betrage der Männeranteil jedoch weniger als 10%.

3.7 Aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen 1488/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Butterwegge bedankt sich für die informative Mitteilung. Die Fraktion Die Linke teile die Einschätzung, dass bei den Flüchtlingszahlen weiterhin eine steigende Tendenz zu erwarten sei. Sie bittet um Auskunft, ob die Planungszahlen für Kindertagesstätten und Vorbereitungsklassen entsprechend angepasst werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bejaht die Frage. Sie macht deutlich, dass das Thema eine große Herausforderung für die Verwaltung darstellt. Das Dezernat IV sei jedoch in der Task-Force vertreten und stehe somit in ständigen Abstimmungsprozessen mit Schulen und der Bezirksregierung bezüglich Qualität und Quantität des Ausbaus. Auch das Sprachförderangebot solle an den durch die Flüchtlingskinder bedingten Bedarf angepasst werden.

Herr Krücker befürwortet die Theorie, dass Flüchtlingskinder in die vorhandenen Kitas integriert werden, fragt sich jedoch, wie dies platzmäßig in der Praxis umgesetzt werden kann.

Frau Beigeordnete Dr. Klein merkt an, dass die Platzzahl – auch aufgrund der weiterhin steigenden Geburtenzahlen in Köln - stetig ausgebaut werde. Sobald klar sei,

wann und wo eine neue Flüchtlingseinrichtung eröffnet wird, steige die Verwaltung in eine sehr intensive und detaillierte Kommunikation mit den zuständigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus den Flüchtlingsunterkünften ein, um eben eine möglichst genaue Planzahl für Kita und Schule zu erhalten. Frau Beigeordnete Dr. Klein bringt zum Ausdruck, dass die Verwaltung - mit Ausnahme der Herkulesstraße – definitiv keine Einrichtungen speziell für Flüchtlingskinder möchte.

Frau Dr. Butterwegge erkundigt sich, ob es eine mögliche Steuerungsmöglichkeit sein könne, in den Einrichtungen, die in besser situierten Umfeldern liegen, Kontingente für Flüchtlingskinder vorzuhalten.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erinnert daran, dass der Rechtsanspruch rein rechtlich für alle Kinder gelte, so dass eine Kontingentierung nicht zielführend sei. Die Kölner Kita-Bedarfsplanung sei jedoch sehr gut aufgestellt, so dass größere Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Flüchtlingskindern nicht zu erwarten seien. Die größte Herausforderung sehe sie darin, Eltern davon zu überzeugen, ihre Kinder überhaupt in eine Kita zu schicken.

Herr Dr. Heinen führt an, dass die Überzeugungsarbeit Teil des bürgerlichen Engagements sei. Es gebe bereits gute Beispiele aus der Praxis, in denen Nachbarn sich als „Paten“ um Flüchtlingsfamilien und deren Belange kümmern.

Frau Artmann möchte wissen, ob bzw. welche Fortbildungen es für Lehrer gibt, damit sie sich auf die Arbeit mit zum Teil traumatisierten Flüchtlingskindern in Schulen vorbereiten können. Darüber hinaus fragt sie, ob die Verwaltung bereits Schritte bezüglich der persönlichen Ansprache von Flüchtlingskindern, die in Hotels untergebracht sind, eingeleitet habe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein merkt an, dass es für die Bezirksregierung grundsätzlich eine große Herausforderung darstelle, eine adäquate Anzahl an zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern für die Beschulung zu stellen. Diesbezüglich habe die Schulministerin jedoch garantiert, dass die benötigten Stellen zur Verfügung stehen werden. Zu speziellen Lehrerfortbildungen können sie derzeit keine Aussage treffen, werde jedoch eine Anfrage hierzu an die Bezirksregierung stellen. Bezüglich der in Hotels untergebrachten Flüchtlingskinder macht Frau Beigeordnete Dr. Klein deutlich, dass auch deren Weg in die Schulen vorgezeichnet sei. In seiner letzten Sitzung habe der Rat z.B. mit Unterstützung der Freiwilligenagentur ein Programm für die Begleitung von Flüchtlingskindern beschlossen. Dieses Programm laufe derzeit an.

Frau Jahn plädiert dafür, verstärkt die Motivation der Eltern zum frühzeitigen Kitabesuch ihrer Kinder zu fördern, damit alle Kinder in den Sozialraum integriert werden können. Die Integration in den Sozialraum könne nur funktionieren, wenn die Flüchtlingsunterkünfte so dezentral wie möglich aufgestellt werden. Stadtteile, die einen geringen Flüchtlingsanteil haben und in denen eine gute soziale Struktur vorherrscht, sehe sie als besonders prädestiniert dafür an, Flüchtlinge mit ihren Herausforderungen anzunehmen und zu begrüßen.

Frau Blümel bittet zu bedenken, dass die Kitas in belasteten Bezirken bereits über das erforderliche Know-How verfügen, so dass auch einiges dafür spreche, Flüchtlingskinder genau in diese Kitas aufzunehmen. Andererseits gebe es auch gute Argumente für die Aufnahme von Flüchtlingskindern in gut situierten Kitas.

**3.8 Siebter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung
1455/2014**

**3.9 Umsetzung des KiBiz-Änderungsgesetzes (Gesetzentwurf) - Landeszu-
schüsse für plusKITA und Sprachförderung
1528/2014**

**3.10 Kommunale Elternbefragung zum Betreuungsbedarf U3
1314/2014**

Die Mitteilungen 3.8, 3.9 und 3.10 wurden vor Sitzungsbeginn als Tischvorlagen verteilt und liegen der Niederschrift nochmals als Anlagen 1 bis 3 bei.

Sie werden zur Kenntnis genommen und wegen Sachzusammenhangs gemeinsam diskutiert.

Herr Dr. Heinen bedankt sich für die stetige und gute Arbeit der Verwaltung und merkt an, dass die Entwicklung eine sehr positive Richtung annehme.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass sie den Dank an die betroffenen Dienststellen weitergeben werde. Sie bietet an, dem Protokoll eine Präsentation zum Statusbericht, der Elternbefragung und dem Qualitätsausbau beizufügen (*Anmerkung: s. Anlage 4 zur Niederschrift*). Da in Köln weiterhin steigende Kinder- und Geburtenzahlen zu verzeichnen sind, werde der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln weitergehen müssen, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Noch im Kindergartenjahr 2013/2014 werden 22 zusätzliche Kitas eröffnet, wodurch die Versorgungsquote auf 38 % steige. Für das Kindergartenjahr 2014/2015 sind weitere 20 neue Kitas geplant. Dies werde die Versorgungsquote – sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich – auf über 40 % heben. Sowohl zwischen den einzelnen Stadtteilen, als auch den einzelnen Bezirken seien weiterhin große Unterschiede erkennbar. Diese gelte es nun anzugleichen. Um exakte Bedarfsbestätigungen an potenzielle Investoren herausgeben zu können und die weitere Bedarfsplanung realitätsgetreu abwickeln zu können, werden im Herbst/Winter 2014 ca. 30.000 Eltern im Rahmen einer kommunalen Elternbefragung sowohl bezüglich Qualität, als auch bezüglich Quantität der U3-Betreuung angeschrieben. Im Rahmen der KiBiZ-Revision werde die Stadt Köln kurzfristig zusätzliche Gelder vom Land für die Bausteine: Verfügungspauschalen, PlusKita und Sprachförderung erhalten. Die Verteilung werde anhand eines fachlich fundierten Verfahrens in Kooperation und Absprache mit den freien Trägern und der Liga abgestimmt und in der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses im Juni 2014 als Beschlussvorlage eingebracht. Parallel hierzu werde die kommunale Förderung selbstverständlich fortgeführt.

Frau Dr. Butterwegge spricht folgende Punkte an:

1. Sie bittet um nähere Informationen zur Abfrage bei den privatgewerblichen Kitas.
2. Sie stellt fest, dass die Erfolgsmeldungen bezüglich des Kita-Ausbaus von höheren als den tatsächlichen Zahlen ausgehen.
3. Sie möchte wissen, ob es im Ü3-Bereich mittlerweile einen evtl. Nachfrageüberhang gibt.

4. Sie bittet um Auskunft, ob Anlage 3 „Neue Kitas“ auch privatgewerbliche Kitas beinhaltet.
5. Sie bittet, ein besonderes Augenmerk auf den Ausgleich zwischen den Stadtteilen im Hinblick auf die Verteilung Kita – Tagespflege zu legen.

Frage 4 wird von Herrn Pfeuffer, Leiter der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, verneint. Die privatgewerblichen Kitas seien im Statusbericht zwar genannt und in einer gesonderten Quote ausgewiesen worden. Bei der Meldung zur öffentlichen Förderung an das Land seien sie jedoch nicht mit berücksichtigt worden. Es gebe in Köln ein sehr geringes Angebot an rein privatgewerblichen Kitas, jedoch eine relativ hohe Nachfrage. In erster Linie stütze die Verwaltung sich jedoch – neben städtischen Kitas - auf Kitas von anerkannten freien Trägern, Elterninitiativen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden.

Frau Dr. Berner, Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, führt zu Frage 1 aus, dass man sich der Zahl der durch privatgewerbliche Anbieter angebotenen Betreuungsplätze annähern wollte. Diese Zahl habe der LVR nicht liefern können. Es sei jedoch von dort zugesagt worden, die Zahlen bis zum Ende des Jahres nachzuliefern. Sie habe vom LVR lediglich eine Liste von privaten Trägern erhalten, die jedoch auch sogenannte „Spielgruppen“ beinhaltet habe. Da diese nicht Bestandteil des Kinderbildungsgesetzes sind, sei die Liste entsprechend korrigiert worden, so dass letztlich 12 privatgewerbliche Kitas übrig geblieben sind, die einen Online-Fragebogen erhalten haben. Abgefragt wurden hauptsächlich die Anzahl der Plätze in U3 und Ü3, die Anzahl der Kinder, die nicht aus Köln kommen sowie die Anzahl der Kinder aus anderen Stadtteilen. Durch die Auswertung konnte die bisher bekannte U3-Platzzahl in privatgewerblichen Kitas von ca. 180 auf knapp über 300 Plätze korrigiert werden. Im Ü3-Bereich bieten privatgewerbliche Kitas ca. 500 Plätze an.

Frau Laufenberg greift die folgenden Punkte auf:

1. Sie bittet um Übersendung des Protokolls aus dem Qualitätszirkel Tagespflege sowie um Mitteilung des Sachstandes bezüglich der Sonderzahlungen Krankengeld.
2. Unter Punkt 3.1 der Mitteilung 1455/2014 sei aufgeführt, dass die Zahl der Plätze in der Kindertagespflege leicht gesunken sei. Frau Laufenberg fragt nach, ob dies aus dem Ratsbeschluss resultiere und möchte wissen, wie viele Tagespflegepersonen ihre Arbeit gänzlich eingestellt haben.
3. Zu Punkt 3.3 der Mitteilung 1455/2014 – neue Kita in Ensen – bittet sie um Auskunft, ob diese aufgrund der Verkehrssituation über einen Hintereingang verfüge.
4. Bezüglich der Sprachförderung merkt Frau Laufenberg an, dass die FDP-Fraktion es sehr bedauere, dass Delfin 4 eingestellt werde. Es bestehe die Befürchtung, dass das neue Programm nicht mehr alle Kinder, die Sprachförderbedarf haben, erreiche.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass der Qualitätszirkel bisher ca. 5 Mal getagt habe. Als Ergebnis hiervon sei im Rat bereits ein Beschluss zur Zahlung des 3,5-fachen Satzes für Kinder mit Handicaps gefasst worden. Ansonsten beschäftige sich der Qualitätszirkel unter anderem mit den Themen: Vertretungsregelung im Krankheitsfall, Mietzahlungen in angemieteten Räumen und Zuzahlungen. In einer der ersten Sitzungen der neuen Wahlperiode werde die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss eine umfängliche Beschlussvorlage zur Tagespflege vorlegen. Ein Zwischenstandsbericht aus dem Qualitätszirkel werde zur Verfügung gestellt, sobald die Ver-

waltung diesen bewertet habe.

Zum Thema Sprachförderung habe die Verwaltung eine andere Ansicht als die FDP-Fraktion. Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass – wenn Kinder mit und Kinder ohne Sprachförderbedarf eine gemeinsame Kita bzw. Gruppe besuchen – sie sehr gut voneinander lernen. Im Fachkreis werde dieser Effekt als „Sprachbad“ bezeichnet. Sie sehe definitiv nicht die Gefahr, dass durch das neue Programm Kinder „verlorengehen“.

Bezüglich des Qualitätszirkels merkt Frau Kleine an, dass die Träger ebenfalls jederzeit bereit sind, Fragen nach dem Sachstand zu beantworten.

Frau Jahn spricht ein großes Lob an die Verwaltung bezüglich der Entwicklung aus. Insbesondere der U3-Ausbau weise – gesamtstädtisch und bezirklich betrachtet - einen enormen Zugewinn aus. Da die Zahlen im Ü3-Bereich jedoch ein wenig rückläufig sind, sieht sie die Gefahr des „Verdrängungseffektes“. Hierzu bittet sie die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass tatsächlich oftmals Gruppenstrukturen gewählt werden, die ein Ü3-Problem vorprogrammieren. Die Verwaltung versuche jedoch, in den neuen Kitas auch neue Ü3-Plätze zu schaffen. Darüber hinaus können zusätzliche Kinder über die flexible Kindspauschale aufgenommen werden. Somit können Träger zusätzliche Finanzmittel in Anspruch nehmen und zusätzliches Personal anstellen. Obwohl die Stadt keine Möglichkeit habe, auf die Wahl der Gruppenstrukturen durch die freien Träger einzugreifen, müsse ein verstärktes Augenmerk hierauf gelegt werden. Grundsätzlich sei jedoch Allen daran gelegen – auch durch die zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten des Landes - Kindern einen Kita-Wechsel zu ersparen, obwohl es in Einzelfällen auch hierzu komme. Die Verwaltung werde die Träger im AK80 nochmals auffordern, Gruppenformen zu wählen, die eine gewisse Flexibilität zulassen. Das Problem werde in ähnlicher Form auch aus anderen Großstädten berichtet. Frau Beigeordnete Dr. Klein ist jedoch zuversichtlich, dass es durch den erweiterten Kita-Ausbau zunehmend in den Griff zu bekommen ist.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass die absoluten Zahlen der Plätze der über Dreijährigen bis zum Schuleintritt in den letzten Jahren konstant geblieben seien. Gleichwohl ergebe sich aus den steigenden Kinderzahlen in Köln ein Defizit an Ü3-Plätzen, welches nun ausgeglichen werden müsse. Eine mögliche Lösung sehe Herr Pfeuffer in der Flexibilisierung der starren Gruppengrößen durch die KiBiZ-Revision.

Herr Dr. Schlieben lobt das Engagement der Verwaltung, merkt jedoch Folgendes an:

1. Auf S. 3 des Statusberichtes teilt die Verwaltung mit, dass es seit 2011 eine neue Berechnungsgrundlage von 39 Monaten gebe. Herr Dr. Schlieben widerspricht der Aussage, dass es sich hierbei um eine „neue“ Berechnungsgrundlage handle. Seiner Meinung nach versuche die Verwaltung, die Fakten zu beschönigen und gebe fiktive Zahlen an, die nicht der Realität entsprechen. Ungeachtet dessen müsse jedoch im Ü3-Bereich weiter an einem 100%-igen Ausbau gearbeitet werden.
2. Das gesetzte Ziel im U3-Bereich sei nicht erreicht worden. Da die Kinderzahlen weiterhin steigen, müsse – um dem Ratsbeschluss zu entsprechen - immer weiter nachjustiert und die Erfüllungsquote deutlich erhöht werden. Da die Quoten in den Stadtbezirken teilweise signifikant abweichen, finde die CDU-Fraktion die Idee, eine Elternbefragung durchzuführen, sehr gut.

3. Das Verhältnis zwischen Kita und Tagespflege betrage derzeit 74% zu 26%. Dies begrüßt Herr Dr. Schlieben ausdrücklich, da es eine schrittweise Annäherung an das ursprüngliche und wieder gewünschte Verhältnis 80 % zu 20% darstelle.

Herr Pfeuffer erwidert, dass es sich nicht um eine Beschönigung, sondern lediglich um eine Zusatzinformation gehandelt habe, damit der Gesamtkontext klarer werde. Die vom Rat im Jahr 2009 beschlossene absolute Zahl von 10.200 Tagespflegeplätzen sei längst erreicht, man sei lediglich der tatsächlichen Kinderzahl „hinterher“.

Herr Dr. Heinen bittet, Hinweise über die historischen Begebenheiten in der Sache auch weiterhin in den Mitteilungen zu platzieren, damit der Gesamtzusammenhang jederzeit verständlich ist.

Frau Beigeordnete Dr. Klein ergänzt, dass der Rechtsanspruch definitiv bedient werde. Um mehr Details über die tatsächliche Nachfrage und die tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der Eltern zu erfahren, solle nun die Elternbefragung stattfinden. Die Verwaltung habe zusätzlich eine Anfrage an die Träger gestellt, die Aufschluss über die faktische Angebotsstruktur im Bereich Tagespflege bringen soll. Darüber hinaus habe man die Träger gebeten, bei der Akquise neuer Tagespflegepersonen darauf zu achten, dass diese eine Kinderbetreuung an 5 Tagen pro Woche gewährleisten. Denn um eine Gleichrangigkeit zwischen Kita und Tagespflege zu schaffen, müssen beide Systeme das gleiche Angebot bieten.

Frau Blümel führt aus Sicht der „historischen Brennpunkt-Träger“ (= Träger von Brennpunkt-Kitas) zu Mitteilung 1528/2014 aus, dass es eine langfristige Vereinbarung gebe, auf die man sich immer noch verlasse. Sie bittet, die städtischen Gelder auch in Zukunft so zu verteilen, dass die Brennpunkt-Träger ihre Arbeit weiter adäquat leisten können.

Frau Dr. Butterwegge teilt mit, dass die Fraktion Die Linke. sich sehr über die Elternbefragung freue. Des Weiteren spricht sie den Begriff „Kitas in sozialen Brennpunkten“ in Verbindung mit dem KiBiZ-Änderungsgesetz und der KitaPlus-Förderung an. In diesem Zusammenhang bittet sie um Auskunft, ob es möglich sei, beispielsweise die Einrichtung „Amaro Kher“ über die zusätzlichen Gelder zu fördern.

Frau Artmann geht zurück auf das Thema Delfin 4 und stellt für die FDP-Fraktion klar, dass diese eine Sprachförderung für alle Kinder, die es nötig haben, fordere. Das könne aber nicht gewährleistet werden, wenn das neue Programm örtlich begrenzt sei und keine Tests mehr durchgeführt werden, ob sprachliche Defizite bestehen .

Frau Mucuk führt etliche Untersuchungen an, die besagen, dass die Erzieherinnen und Erzieher vor Ort sehr gut einschätzen können, welche Kinder eine Sprachförderung benötigen und es hierzu keiner Tests bedürfe. Von daher stehe sie persönlich voll hinter der Abschaffung von Delfin 4.

Frau Jahn stimmt den Ausführungen von Frau Mucuk zu und ergänzt, dass laut KiBiz zwar Delfin 4 als Test abgeschafft werde, nicht jedoch die Sprachförderung an sich. Somit werde weiterhin eine alltagsintegrierte, flächendeckende Sprachförderung stattfinden. Zum Thema kommunale Elternbefragung regt Frau Jahn an, die Stadtteilmütter einzubinden, damit eine bessere Erreichbarkeit aller Eltern gewährleistet werden kann.

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass die Gelder für die Sprachförderung komplett im System verbleiben und lediglich die Art und Weise des Monitorings abgeändert werde. Die Sprachförderung im Gesamten solle so noch effizienter werden.

Frau Volland-Dörmann unterstützt die Aussage von Frau Jahn. Im Namen der Spitzenverbände teilt sie mit, dass diese über die Abschaffung von Delfin 4 froh seien. Ihrer Ansicht nach werden die Begriffe „Sprachstandfeststellung“ und „Sprachförderung“ vermischt. In der Vergangenheit habe es keine flächendeckende Finanzierung für die Sprachförderung gegeben, sondern lediglich eine flächendeckende Finanzierung für das Projekt Delfin 4. Hier seien jedoch Ergebnisse herausgekommen, die keinesfalls repräsentativ seien. Für die Zukunft sei klar, dass man jede qualitative Verstärkung brauche, um den Bedarfen der Kinder gerecht zu werden. Sprachförderung sei heute ein komplexes Thema - sowohl in Kitas, als auch im bildungsnahen Bereich. Frau Volland-Dörmann lobt den derzeitigen Ansatz des Landes, macht jedoch darauf aufmerksam, dass noch mehr finanzielle Mittel für die qualitative Verstärkung und Verbesserung der Kitas akquiriert werden müssen.

Frau Artmann erklärt, dass sie nicht Delfin 4 loben, sondern auf die Problematik der örtlichen Beschränktheit des neuen Programms hinweisen wollte.

Frau Dr. Butterwegge spricht nochmals die Themen „Verteilungsschlüssel“ und „Amaro Kher“ an.

Herr Pfeuffer teilt mit, dass der Verteilungsschlüssel kurzfristig unter Beteiligung der Träger im AK80 erarbeitet werde. Die Mitteilung 1528/2014 enthalte bereits einige Hinweise hierzu. Der Verteilungsschlüssel müsse sich an empirischen Daten orientieren. Der Anteil und die Anzahl der beitragsbefreiten Kinder in den einzelnen Kindertageseinrichtungen seien ein Kriterium, da sie gleichzeitig eine Verbindung zum zielführendsten Indikator - den Transferleistungsbezug und Niedrigeinkommen - schaffen. Hierdurch ließen sich die Kitas in eine Rangfolge bringen und ein angemessener Verteilungsschlüssel könne festgelegt werden.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Differenzierte Elternbefragung nach Betreuungsart AN/0689/2014

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. wurde vor Eintritt in die Tagesordnung als Tischvorlage ausgeteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei.

Die Fraktion Die Linke. hat den Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Bedarfsgerechtes Angebot einer Jugendeinrichtung in Kalk AN/0562/2014

zu 5.1.1 Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: AN/0562/2014 Bedarfsgerechtes Angebot einer Jugendeinrichtung in Kalk 1508/2014

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 6 bei. Sie wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes bittet, die Informationen auch an die Bezirksvertretung Kalk weiterzuleiten.

5.2 Neue Anfragen

Neue Anfragen werden nicht gestellt.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Z.E.B.R.A. e.V." 1209/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Z.E.B.R.A. (Zeitgemäße Erziehungsarbeit und Bilingualität nach dem Reggio Ansatz) e.V., Kempener Str. 73, 50733 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln und der Paritätische waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. 1194/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt, den Verein „Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.“, Richardstr. 2-4, 50667 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln und der Paritätische waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.3 Verteilung von Haushaltsmitteln 2014 für die Aktivitäten, Mitfinanzierung von hauptamtlichem Personal sowie Großveranstaltungen im Rahmen der Jugendverbandsarbeit 1137/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder- Jugend und Familie – beschließt die im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 881.085 Euro für die Aktivitäten der Jugendverbände und 29.800 Euro für den Kölner Jugendring (insgesamt 910.885 Euro) zu gewähren.

Die Verteilung der Zuschüsse ergibt sich aus den Anlagen 1 – 3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Die Sportjugend Köln und der Paritätische waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

SJD die Falken haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

Die Anlagen 1-3 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

**6.4 Gewährung von Zuschüssen
1369/2014**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt die Gewährung von Zuschüssen in Höhe von 226.695,00 Euro aus dem Teilergebnisplan 0603 –Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Haushaltsjahr 2014. Die Mittel werden an folgende Träger vergeben:

PEV – Familienbildung	76.620,00 Euro
Malteser Hilfsdienst e.V.	19.040,00 Euro
Familien Forum Deutz Mülheim	45.385,00 Euro
Evangelische Familienbildungsstätte	32.700,00 Euro
Freies Bildungswerk Rheinland	45.750,00 Euro
wir für pänz e.V.	7.200,00 Euro
Gesamt:	226.695,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln und der Paritätische waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Es werden keine Empfehlungen an andere Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ausgesprochen.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

**8.1 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014**

**zu 8.1 Änderungsantrag zu TOP 8.1 „Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten“
AN/0576/2014**

**zu 8.1 Änderungsantrag zu TOP 8.1 "Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten"
AN/0688/2014**

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (AN/0688/2014) wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 7 bei.

Frau Mucuk führt aus, dass es die Intention des Integrationsrates war, das aus dem Modellprojekt Erprobte in städtischen Kindertagesstätten zu etablieren. Um diesen Beschluss weiter zu fassen, habe die SPD-Fraktion zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den als Tischvorlage ausliegenden Änderungsantrag eingereicht. Da es jedoch noch relativ viele offene Fragen gebe und um neue Erkenntnisse bzw. einen neuen Sachstand zu erhalten, solle nun – in Kooperation mit dem Zentrum für Mehrsprachigkeit und der Universität Köln - eine Befragung stattfinden. Diese soll sich auf alle Kindertageseinrichtungen, egal in welcher Trägerschaft, beziehen. Darüber hinaus erhoffe man sich, durch die Befragung eine stärkere Sensibilität für das Thema zu erlangen. Aufgrund dessen bittet Frau Mucuk um Unterstützung des Antrages. Der ursprüngliche Änderungsantrag (AN/0576/2014) habe sich durch die Vorlage des neuen Änderungsantrages (AN/0688/2014) erledigt.

Frau Jahn stimmt den Ausführungen Frau Mucuks zu und fügt ergänzend hinzu, dass es hauptsächlich um Sprachen gehe, die in Köln am häufigsten gesprochen werden, wie z.B. Englisch, Türkisch, Polnisch und Spanisch.

Herr Dr. Schlieben teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde, da der ursprüngliche Beschluss des Integrationsrates in einen Prüfauftrag an die Verwaltung umgewandelt worden sei. Im zweiten Schritt müsse im Herbst über ein vernünftiges Konzept, die Finanzierung und den tatsächlichen Bedarf gesprochen werden.

Frau Laufenberg erläutert, dass der Integrationsrat im Grunde genommen dieselbe Intention verfolgt habe. Da es in der Hauptsache darum gehe, Mehrsprachigkeit weiterhin zu fördern, werde auch die FDP-Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen.

Herr Pannes steht der Absicht, eine Befragung durchzuführen, skeptisch gegenüber und befürchtet ein negatives Ergebnis. Die bilinguale Erziehung/Förderung sei äußerst komplex und bedürfe u.a. gründlicher Personalschulungen. Herr Pannes ahnt, dass gegenüber dieser Förderung starke Vorbehalte bestehen und deswegen eine Aufklärungskampagne und entsprechende Hintergrundmaßnahmen für den Erfolg der Befragung unabdingbar sind.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag AN/0688/2014 zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, den Beschlusstext wie folgt zu ersetzen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Universität Köln und mit Unterstützung des Zentrums für Mehrsprachigkeit (ZMI) umgehend eine flächendeckende Befragung aller Kindertagesstätten in Köln vorzunehmen mit dem Ziel, die Sprachressourcen der Fachkräfte zu ermitteln und ihre Bereitschaft, bilingual in den Einrichtungen zu arbeiten, abzufragen.

Die Verwaltung soll dazu einen Vorschlag entwickeln, der mit dem freien Jugendhilfeträgern (im Arbeitskreis nach § 80 KJHG) abgestimmt ist, mit dem Elternwillen korrespondiert und eine Offensive für mehr bilinguale Sprachförderung in allen Kölner Kindertagesstätten beinhaltet. Er soll verdeutlichen, dass alle Sprachen die gleiche Wertschätzung erfahren und somit die Mehrsprachigkeit innerhalb der Gruppen gewürdigt wird.

Das Ergebnis der Befragung sowie eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zum politischen Wunsch des Integrationsrates, das Angebot von bilingualen Gruppen (unter Berücksichtigung der in Köln besonders häufig gesprochenen Sprachen) auszuweiten, ist den politischen Gremien zeitnah vorzustellen.

Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung schon jetzt beim Start neuer Kindertagesstätten im Rahmen der Trägerbeauftragung auf eine gewünschte Bilingualität von Betreuungsgruppen zu prüfen und darauf hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln und der Paritätische waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

9 Anfragen

9.1 Frau Blümcke stellt die als Anlage 8 beigefügte Anfrage zum Fort I, Bauspielplatz Friedenspark.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

9.2 Herr Pannes nimmt Bezug auf die letzte Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 24.03.2014. Darin sei die Verwaltung gebeten worden, Zahlen über alle Abweisungen von Schulanmeldungen – aufgeschlüsselt nach den einzelnen Schulen – bekanntzugeben. Dies sei bis heute nicht passiert. Er bittet um Angabe von Gründen.

Hierzu wird eine schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung im Ausschuss Schule und Weiterbildung zugesagt.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Anna Fischbach (stellv. Schriftführerin)